Initiative für den Einstieg in die Abrüstung

Autor(en): **Braunschweig, Hansjörg**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **85 (1991)**

Heft 6

PDF erstellt am: **04.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-143623

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Hansjörg Braunschweig

Initiative für den Einstieg in die Abrüstung

Hansjörg Braunschweig stellt uns in seinem Beitrag die «Volksinitiative für weniger Militärausgaben – mehr Friedenspolitik» vor. Auf die Initiative für ein Waffenausfuhrverbot wird er in einem späteren Heft eingehen. Lanciert wurden die beiden Volksbegehren von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, von der Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot sowie vom Christlichen Friedensdienst. Hinzu kommen eine Reihe von unterstützenden Organisationen, unter ihnen die Religiös-sozialistische Vereinigung der Deutschschweiz. – Unterschriftenbogen, Unterlagen sowie «Argumente und Erläuterungen» (Redaktion: Peter Hug) können bestellt werden bei: Volksinitiativen für Abrüstung und für ein Waffenausfuhrverbot, Postfach, 3001 Bern, über Telefon 061 681 22 66 (Sekretariat in Basel) oder bei der Administration Neue Wege. Red.

Der *Inhalt der Abrüstungsinitiative* lässt sich in vier Punkten zusammenfassen:

1. Der Bund kürzt die Kredite für die Landesverteidigung jährlich um mindestens zehn Prozent bis mindestens auf die Hälfte.
2. Mindestens je ein Drittel der eingesparten Beträge (Friedensdividende) werden zusätzlich für internationale Friedenspolitik (Schutz der Lebensgrundlagen, Entwicklungszusammenarbeit, Konfliktverhütung) und für soziale Sicherheit im Inland eingesetzt.
3. Der Bund fördert die Umstrukturierung der von der Abrüstung betroffenen Betriebe und Verwaltungen auf zivile Güter und Dienstleistungen (Rüstungskonversion), insbesondere zugunsten der betroffenen Regionen (z.B. Thun und Umgebung, Kanton Uri oder Westschweiz).
4. Der Bund unterstützt schweizerische, europäische und weltweite Bemühungen für Konfliktverhütung, friedliche Streitbeilegung, Abrüstung und kollektive Sicherheit.

Ein erster Schritt

Abrüstung ist ein *Prozess,* eine langwierige und vielschichtige Entwicklung, die nicht in *einem* Schritt erfolgen kann. Die vorliegende Abrüstungsinitiative will diesen Prozess einleiten, mehr nicht. Die Initiative macht alle, die sie unterstützen, frei für weitere Schritte.

Wir haben beides vor Augen: die Utopie des Friedens, der Gerechtigkeit, der Freiheit und die EMD-Finanzplanung. Die Initiative ist zugleich *visionär und realpolitisch,* hoffnungsvoll, aber nicht weltfremd. Die Initianten grenzen sich ab von jenen, die unverbindlich sagen: «Wir sind alle für Abrüstung», und schon einen ersten Schritt auf den St. Nimmerleinstag verschieben.

Abrüstung ist nicht der umfassende *Friede,* aber ohne Abrüstung kann es keinen Frieden geben. Zum Frieden gehören auch die Friedenserziehung, die Haltung des einzelnen Menschen und die Liebe zwischen den Menschen, die Überwindung des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit, die Freiheit des Menschen, begrenzt durch zwischenmenschliche und weltweite Gerechtigkeit.

Mehrheit will bei den Militärausgaben sparen

Eine Mehrheit der Bevölkerung will seit mindestens 15 Jahren bei den Militärausgaben sparen. Im April 1991, unmittelbar nach dem Golfkrieg, waren es 73 Prozent (LINK-Institut), im Oktober/November 1990 71 Prozent (UNIVOX), 1988 62 und 1986 54 Prozent (ebenfalls UNIVOX). Gleichzeitig stiegen von 1987 bis 1991 die *Kosten für die Landesverteidigung* von 4,716 auf 6,418

Milliarden Franken, und bis 1994 sollen es 6,6 Milliarden sein (Finanzplan des Bundesrates 1992-1994). Die Kosten der Landesverteidigung ergeben sich aus den Posten für militärische, wirtschaftliche, psychologische Landesverteidigung und Zivilschutz. Der Vollständigkeit halber müssen diese Zahlen ergänzt werden durch die Leistungen der Kantone und Gemeinden sowie durch volkswirtschaftliche Kosten der Landesverteidigung, wie ungenutzte Arbeitsplätze, Fortzahlung der Löhne, Erwerbsausfall, Pflichtlagerhaltung usw. Daraus resultierten 1990 nicht nur 6, sondern 13,3 Milliarden Franken für die Landesverteidigung.

Die Broschüre «Argumente und Erläuterungen» von Peter Hug enthält weitere Zahlen über die *militärische Dichte der Schweiz* im Vergleich mit europäischen Staaten, den USA und der Sowjetunion, berechnet anhand der Militärausgaben pro Kopf der Bevölkerung, der Mannschaftsbestände, Schützen- und Kampfpanzer sowie der Artilleriegeschütze. Besonders krass tritt dabei die EMD-Bürokratie in Erscheinung: Von 39500 Stellen bei der allgemeinen Bundesverwaltung 1989 entfielen 14726 auf das EMD, 4826 auf die Rüstungsbetriebe, 285 auf die Bundesämter Zivilschutz und wirtschaftliche Landesvorsorge, insgesamt also 19 837 Stellen oder über 50 Prozent der Bundesverwaltung.

Ein Beispiel, das vieles in unserem Land erklärt: *Das Bundesamt für Militärflugplätze* beschäftigt 2800 Angestellte, über 1000 mehr als das gesamte Departement für auswärtige Angelegenheiten (1790 Stellen)! Die Schweiz ist wahrlich ein überrüsteter, ein militarisierter Staat. Diesen Staat wollen wir mit der Abrüstungsinitiative überwinden. Wir wollen eine Schweiz mit zivilem und friedlichem Antlitz!

«Armee 95» ist keine Alternative

Gerade rechtzeitig vor der Lancierung der Abrüstungsinitiative präzisierte Bundesrat Kaspar Villiger an einer dritten Pressekonferenz zum gleichen Thema «seine Armee 95», die einzig sichtbare Antwort des Bürgertums auf den Einstieg in die Abrüstung: Soldaten sollen durch *High-Tech* ersetzt werden. Diese Wirtschaftsverbundenheit führt zu noch mehr Wirtschaftsabhängigkeit der Armee. Zunehmen werden auch die Kosten für die Landesverteidigung. Es gibt keinen Verzicht auf die neuen Kampfjets F/A-18 und auf weitere hochtechnologische Projekte der Armee.

Villiger und seine Armeeführung hätten es in der Hand gehabt, mit dieser «grössten Armeereform seit Bestehen des Bundesstaates» einige langjährige Postulate der Linken, der Pazifisten und der Jugend zu verwirklichen. Leider hat sich die harte, ideologisch kompromisslose Linie der Berufsoffiziere und der Offiziersgesellschaften durchgesetzt. Wenn schon der Sollbestand von heute mehr als 600 000 Wehrpflichtigen auf 450 000 reduziert werden soll, so hätte man wenigstens auf alle potentiellen *Militärverweigerer* verzichten können! Ein Lösungsvorschlag liegt seit den sechziger Jahren vom damaligen Oberfeldarzt auf dem Tisch: Militärtauglichkeit kann durch *Kriegs*tauglichkeit ersetzt werden. Dazu brauchte es eine Verordnung oder auch nur eine Praxisänderung bei den Aushebungsoffizieren. Aber eben: Villiger will die militärgerichtliche Verurteilung, den Strafcharakter, denn die Armee verzichtet auch nicht auf die Militärjustiz!

Obwohl 40 Prozent weniger Füsiliere und weniger Diensttage, verzichtet das EMD nicht auf einen einzigen Waffenplatz! Im Gegenteil: Der Bau des Waffenplatzes Neuchlen-Anschwilen soll mit Stacheldraht und andern Schutz- und Sicherheitsmassnahmen für fast 4 Millionen Franken gegen die ortsansässigen Bauern, Naturschützer, Frauen und Jugendlichen und trotz Volksinitiative durchgestiert werden. Das ist der alt-neue *undemokratische Geist* der «Armee 95». Nur folgerichtig sollen auch in Zukunft die EMD- Projekte nicht der Umweltgesetzgebung unterstellt werden.

Am Fernsehen hatte ich den Eindruck, für Ausbildungschef Rolf Binder sei das Wichtigste: Der militärische Haarschnitt bleibt als Ausdruck von Disziplin und Gleichschaltung erhalten. Und weitere Prestige-Institutionen bleiben unangetastet, zum Beispiel die Ausgangsuniform, das «Obligatorische», die Wache mit scharfer Munition, Defilees und Vorbeimärsche, Waffen- und Flugschauen, die Millionen-Werbung für den Frauen-Militärdienst.

Nicht gerüttelt wird am Einsatz der Armee im Innern, auch gegen Asylsuchende.

Von den fast 20 000 Personen, die in EMD und Rüstungsbetrieben beschäftigt sind, soll ein Viertel abgebaut werden. Kein Wort von Rüstungskonversion, wie sie, weil es um Menschen geht, die Abrüstungsinitiative vorsieht. Ebenso kein Wort von Waffenexportverbot, neuer Bedrohungsanalyse oder von Friedens- und Konfliktforschung.

Wir rufen alle Leserinnen und Leser der Neuen Wege auf, sich an der Unterschriftensammlung für beide Volksinitiativen zu beteiligen, die Kampagne auch finanziell zu unterstützen und in Lokal- oder Regionalkomitees mitzuarbeiten. Einstieg in die Abrüstung – ein *Hoffnungszeichen* in einer hoffnungsarmen Zeit!

Willy Spieler

Zeichen der Zeit
«Centesimus annus»

Die neue Sozialenzyklika «Centesimus annus» vom 1. Mai dieses Jahres wäre besser nicht veröffentlicht worden. Sie bringt nichts Neues, sondern fällt im Gegenteil hinter Positionen zurück, die ihr Verfasser Johannes Paul II. in seinen beiden früheren Sozialenzykliken «Laborem exercens» 1981 und «Sollicitudo rei socialis» 1988 noch vertreten hat. Was fehlt, ist die Prägnanz im Grundsätzlichen, mit der in «Laborem exercens» der «Vorrang der Arbeit gegenüber dem Kapital» und in «Sollicitudo rei socialis» die Verdinglichung des Kapitalismus zur «strukturellen Sünde» hervorgehoben wurde. Es geht dem Papst in «Centesimus annus» nicht um die Vertiefung oder Fortschreibung dieser beiden wichtigen Enzykliken, sondern um den menschlich-allzumenschlichen Wunsch, das Ende des «real existierenden Sozialismus» auf die eigenen ideologischen Mühlen zu lenken oder – vornehmer gesagt – dem «entscheidenden Beitrag... der Kirche für die Verteidigung und Förderung der Menschenrechte» (Nr. 22) zuzuschreiben. Die Hundertjahrfeier für die Enzyklika «Rerum novarum», die von Papst Leo XIII. am 15. Mai 1891 verkündigt wurde, bietet die willkommene Gelegenheit.

Triumphalistischer Rückblick auf «Rerum novarum»

«Centesimus annus» versteht es, die katholische Soziallehre seit «Rerum novarum» so darzustellen, als sei sie gegen Irrtümer stets gefeit gewesen, ausgestattet mit einer *Wahrheit,* wie sie nur das kirchliche Lehramt kraft der ihm reservierten Gabe des Heiligen Geistes gewährleisten könne. Johannes Paul II. feiert das Jubiläum der ersten Sozialenzyklika, «um vor allem Gott... dafür zu danken, dass er sich eines vor hundert Jahren vom Stuhl Petri erlassenen Dokumentes bedient und dadurch in der Kirche und in der Welt soviel Gutes bewirkt und soviel Licht verbreitet» (Nr. 2) habe. Sogar die «Kriege, die zwischen 1914 und 1945 Europa und die ganze Welt erschütterten» (Nr. 17), wären vermeidbar gewesen, hätten die Völker die Weisungen von «Rerum novarum» befolgt...

Karol Wojtyla pickt aus der hundertjährigen Enzyklika die sozialen Rosinen heraus und lässt beiseite, was Zweifel am damaligen Beistand des Heiligen Geistes nähren könnte. In der zusammenfassenden Darstellung von «Centesimus annus» heisst das: «Rerum